

Die totgesagte Gesamtschule

hat ihre Zukunft erst noch vor sich

Joachim Lohmann

Nicht wenige Bildungsreformer resignieren. Sie halten die gemeinsame Schule für nicht durchsetzbar. Ihre Resignation haben am deutlichsten Klaus Klemm und Alf Hammelrath ausgesprochen. Sie rechtfertigen ihre Resignation mit einer dreifachen Begründung:

- Nicht die Schulform, die gute Schule sei entscheidend.
- Die Aufsteiger bräuchten das Tal, um weiter oben zu sein.
- Die Politik sei nicht willens, die gemeinsame Schule für alle durchzusetzen.

Die Begründung für die Abkehr von der gemeinsamen Schule für alle überzeugt pädagogisch und gesellschaftspolitisch nicht; sie ist unhistorisch und aus national enger Sicht.

Das diskriminierende deutsche Schulsystem erschwert eine gute Schule

Deutschland hat eine diskriminierende Sekundarschulstruktur. Sie hat mehrere Schulformen und unterscheidet sich zwischen den Bundesländern erheblich. Gegenüber dem Gymnasium sind alle anderen Schulformen benachteiligt. Die Diskriminierung ist unterschiedlich hart – am geringsten ausgeprägt ist sie gegenüber der Gesamtschule.¹

Im Folgenden wird nur das zweigliedrige Konkurrenzsystem behandelt, das nur noch aus Gymnasium und Gesamtschule besteht. Grund für die einengende Betrachtung ist, dass

- dieses zweigliedrige Konkurrenzsystem schon in den drei Stadtstaaten sowie im Saarland und in Schleswig-Holstein existiert und
- die Schulstrukturen der anderen Bundesländer sich auf das Konkurrenzsystem zubewegen.

Dieses Konkurrenzsystem hat gegenüber dem früheren hierarchischen Schulsystem die Abschlusschancen der Schüler*innen erheblich verbessert, die soziale Chancengleichheit erhöht sowie das Ansehen der Schulen gehoben. Doch selbst dieses zweigliedrige Konkurrenzsystem erschwert eine gute Schule:

- So hat die Gesamtschule in den fünf Ländern den Status der Pflichtschule, sie hat also alle Schüler*innen aufzunehmen, die das Gymnasium nicht aufnehmen bzw. abschieben will. Demzufolge hat sie gegenüber dem Gymnasium im Schnitt mehr sozial benachteiligte, ethnisch vielfältigere und mehr Schüler*innen mit Sonderbedarfen. Wegen dieser Schülerschaft ist die Gesamtschule deutlich stärker gefordert und zugleich ist ihr gesellschaftliches Ansehen geringer als das des Gymnasiums. Der pädagogische Aufwand ist für die Gesamtschule deutlich größer, um eine gute Schule zu sein. Die Schulpreise beweisen jedoch, dass Gesamtschulen trotz dieser Ausgangsbedingungen überdurchschnittlich oft gute Schulen sind.

Gegenüber der Gesamtschule hat das Gymnasium – abgesehen von Bremen – das Recht, Schüler*innen abzuweisen bzw. abzuschulen. Dieses Recht entbindet das Gymnasium von der pädagogischen Verpflichtung, alle Schüler*innen so optimal wie möglich zu fördern.

Mithin ist ein diskriminierendes Schulsystem un-pädagogisch, es erschwert gute Schule. Es ließe sich höchstens rechtfertigen, wenn die Diskriminierung eine deutliche Leistungssteigerung und bessere Förderung der Benachteiligten bewirken würde. Doch die PISA-Studien belegen, dass das selektive Schulsystem gerade nicht die Leistung steigert, sondern sie drückt und die sozialen Leistungsunterschiede verschärft.

Die resignierten Gesamtschulanhänger fordern anstelle der gemeinsamen Schule eine positive Diskriminierung der benachteiligten Schulformen. Ihr Motto: Ungleiches ungleich behandeln.

- Doch zum einen stößt positive Diskriminierung immer wieder auf Widerstand, so dass ihr Umfang begrenzt sowie ihre Dauer unsicher ist.
- Zum anderen ist durch Forschung immer wieder belegt, wie wenig verbesserte Ressourcen bewirken.

Die erreichbare positive Diskriminierung hebt die Benachteiligung durch eine diskriminierende Schulstruktur nicht auf. Selbst das Konkurrenz-

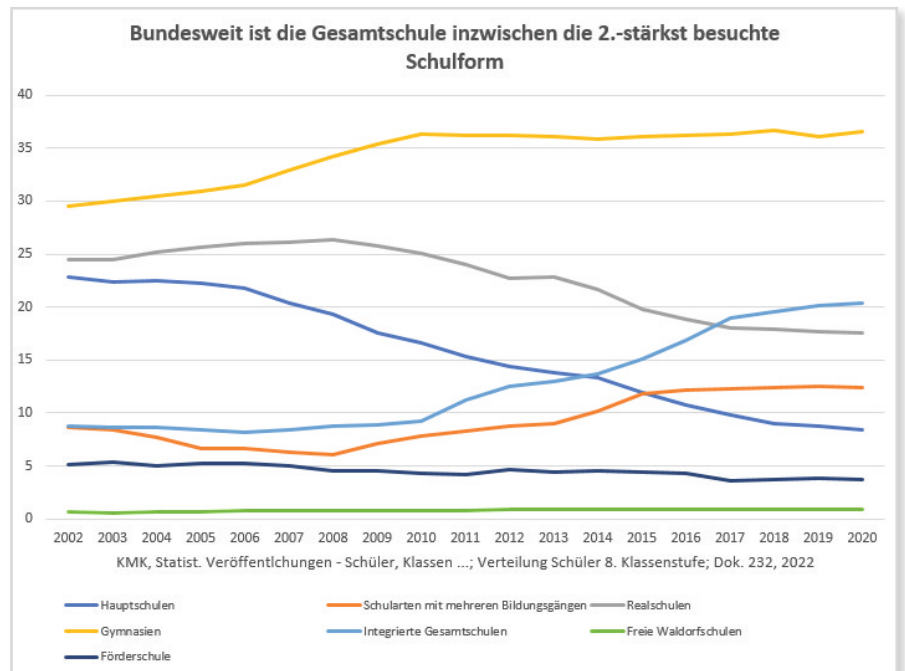
system beeinträchtigt die Einzelschule, eine gute Schule zu werden. Das gilt in noch größerem Maße für die Schulen im überlieferten hierarchischen Schulsystem. Die These, nicht die Schulform, sondern die Schule ist entscheidend, ist pädagogisch einfältig.

Die Gesellschaft braucht keine diskriminierende Bildung

Die Gesamtschulresignierten fügen zur pädagogischen Rechtfertigung des Verzichts auf eine gemeinsame Schule auch gesellschaftliche und politische Begründungen an: Die Aufgestiegenen seien nicht bereit, das Tal – das Unten – abzuschaffen. Ebenso würde die Politik die Durchsetzung der gemeinsamen Schule wegen der gesellschaftlichen Widerstände nicht riskieren.

Der These einer Unvermeidbarkeit eines Unten in der Bildung liegt ein pessimistisches Weltbild zugrunde, das weder im Ländervergleich noch historisch für Deutschland zutreffend ist.

- Ein Nebeneinander niederer und höherer Schulformen ist OECD-weit inzwischen deutlich reduziert. Die gemeinsame Primarstufe hat sich generell durchgesetzt, die einheitliche Sekundarstufe I ist in der OECD überwiegend verwirklicht, teilweise besteht eine gemeinsame Sekundarstufe II und die Hochschule entwickelt sich zur Ausbildungsstätte der überwiegenden Mehrheit. Auch die Inklusion ist in vielen OECD-Staaten weitgehend realisiert. Das Ausland belegt, dass viele Gesellschaften auf ein Unten, auf niedrigere Schulformen verzichtet haben.
- Auch in Deutschland hat sich schulische Integration vollzogen. Im 19. Jahrhundert gab es innerhalb des Primar- wie im Sekundarbereich eine – zumeist hierarchische – Zersplitterung sowohl des niederen als auch des mittleren wie höheren Bildungswesens.
- Diese Zersplitterung ist aufgehoben, weitgehend auch eine konfessionelle und geschlechterspezifische Separation. Auch in jüngster Zeit hat die Gesellschaft akzeptiert, dass das niedere Schulwesen weitgehend überwunden wurde. So ist in den östlichen Flächenländern die Haupt-



schule ohne Widerstand mit der Realschule zusammengelegt worden. In den Stadtstaaten, im Saarland und in Schleswig-Holstein wurden Haupt- und Realschulen zugunsten der Gesamtschule aufgehoben.

Selbst den Verzicht auf ein mittleres Bildungswesen hat die Gesellschaft in den fünf Bundesländern akzeptiert.

Während noch in den 80er Jahren die Gründung selbst einzelner Gesamtschulen oft auf erbitterte gesellschaftspolitische Opposition stieß, ist das Konkurrenzsystem in diesen fünf Bundesländern von der Gesellschaft fast kritiklos angenommen worden.

Während die Inklusion von Schüler*innen mit Behinderungen in mehreren Ländern zurzeit auf erhebliche Ablehnung stieß, gelang sie weitgehend dort, wo sie wie in Bremen in Schritten eingeführt wurde.

Die deutsche Gesellschaft hat aber nicht nur akzeptiert, dass Schulformen, sondern auch dass Schüler*innen in erheblichem Maße aufgestiegen sind. Die Abiturientenquote stieg von gut 5 % in den 50er Jahren auf über 50 %, also das Zehnfache. Ebenso wuchsen die Studentenzahlen. Aus der höchst exklusiven Hochschule der Nachkriegszeit ist die Ausbildungsstätte der Mehrheit geworden.

Insgesamt ist die Position der Gesamtschulresignierten unhistorisch. Vielmehr hat die deutsche Gesellschaft akzeptiert, dass diskriminierende Schulformen aufgehoben werden und immer mehr Jugendliche aufsteigen. Im Bildungsbe-
reich ist das Tal aufgeschüttet und das Unten reduziert worden; auch künftig wird dies weiter

möglich sein. Deutschland wird sich auch nicht dem internationalen Trend entziehen, denn wenig spricht für eine deutsche gesellschaftliche Sonderstellung. Die deutsche Gesellschaft ist nicht unveränderlich statisch und restaurativ.

Die Politik wird auf gesellschaftlichen Druck eingehen

Zu gesellschaftlicher kommt die politische Fehleinschätzung der Gesamtschulresignierten: Die Politik werde die gemeinsame Schule für alle nicht realisieren. Selbst den linken Parteien fehle die Risikobereitschaft, der Mut.

Für die unmittelbare Gegenwart trifft diese Einschätzung zu, für die Zukunft nicht:

- Linke Politik zeigt auch Mut,
- linke Politik reagiert auf gesellschaftlichen Druck und
- gesellschaftlicher Druck zugunsten der Gesamtschule wird bestehen bleiben.

Linke Politik zeigt auch Mut

Die Skepsis gegenüber auch linker Politik ist verständlich, doch sie ist unangemessen. Bildungsreformen haben im Nachkriegsdeutschland stattgefunden, die Politik hat ihren Anteil daran. Linke Politik hat auch vielfach Mut gezeigt, so z.B. Bulmahn mit dem Ganztagschulprogramm sowie Evers und v. Friedeburg mit der Gesamtschule. Ein Risiko war auch die Propagierung und Durchsetzung des Konkurrenzsystems wie auch die Umwandlung kleiner Schulen zu Gesamtschulen in Baden-Württemberg.

Linke Politik reagiert auf gesellschaftlichen Druck

Die bildungspolitische Resignation überschätzt zugleich die Autonomie der Politik. Die Politik ist nicht so abgehoben, wie sie oft eingeschätzt wird; sie reagiert vielfach auf gesellschaftliche Entwicklungen und auf Druck. Diesen zu verdanken ist die Abschaffung der Aufnahmeprüfung, die Stärkung des Elternrechtes, die Öffnung der Oberstufe für Realschulabschlüsse und die Errichtung vieler Gesamtschulen auf Grund von lokalen Initiativen.

Gesellschaftlicher Druck zugunsten der Gesamtschule besteht.

Ob Schritte zur Verwirklichung der gemeinsamen Schule für alle von der Politik ausgehen werden, ist nicht vorhersehbar; aber sicher ist ein steter latenter oder offener Druck von den Gesamtschulen und den Nicht-Gymnasien sowie deren Anhänger*innen.

Sie alle werden auf weitergehende Reformen drängen, so wegen

- einer einseitig sozialen, ethnischen und sonderpädagogisch zu fördernden Schülerschaft,
- der Abschlussschwierigkeiten von Gymnasiast*innen,
- der erschwerten Übergänge in die Oberstufe,
- häufig fehlender Oberstufen sowie
- des oft unterschiedlichen Ansehens der Schulformen.

Die totesagte Gesamtschule hat ihre Zukunft erst noch vor sich

Auf diesen gesellschaftlichen Druck der Gesamtschule wird linke Politik reagieren; denn als Mehrheitsschule hat die Gesamtschule politisches Gewicht. Das Konkurrenzsystem wird nur ein Zwischenschritt bleiben.

Die Zusammenlegung von Schulformen wird wie im Ausland und wie bisher auch in der deutschen Bildungsgeschichte weitergehen: Das gilt auch für die gemeinsame Schule für alle: Sie hat ihre Zukunft auch in Deutschland erst noch vor sich.

Fußnote:

¹Da für Schulen des gemeinsamen Lernens in Deutschland neun unterschiedliche Bezeichnungen bestehen, die in verschiedenen Bundesländern teilweise noch andere Schulformen bedeuten, wird einheitlich die Bezeichnung Gesamtschule für die Schulen des gemeinsamen Lernens gewählt.

.....
Ursprünglicher Beitrag:

„Eine Todeserklärung verhindert nicht die gemeinsame Schule für alle.“ (2019)

▶ <https://bildungspolitik.blog.rosalux.de/2019/02/27/eine-todeserklaerung-verhindert-nicht-die-gemeinsame-schule-fuer-alle-von-joachim-lohmann/>